

Bibliothek und Gesellschaft

Herausgegeben von Petra Hauke

»Challenge accepted!«

Bibliotheken stellen sich der Herausforderung
des Demografischen Wandels

Positionen – Strategien – Modelle & Projekte

Mit einem Geleitwort von Frank Simon-Ritz
Vorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V., dbv

2014

Bock + Herchen Verlag
Bad Honnef

Reihe: Bibliothek und Gesellschaft

Diese Veröffentlichung ist das Ergebnis einer Lehrveranstaltung des Instituts für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, angeboten unter dem Titel „Von der Idee zum Buch – Durchführung eines Publikationsprojektes einschließlich DTP“ im Wintersemester 2013/2014 unter der Leitung von Petra Hauke. Die im Folgenden genannten Studierenden haben daran teilgenommen:

Karsten Achterrath, Jeniffer Bothe, Vera Gitschmann,
Maxi Grubert, Daniel Grunenberg, Marten Grunwald,
Rita Janisch, Julia Panse, Marcus Sebastian Schuch,
Eric Spielmann, Antje Villwock, Franziska Wich, Anika Wilde

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons
Namensnennung Nicht-kommerziell
Weitergabe unter gleichen Bedingungen
4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Umschlagfoto: Im Jahr 2007 fotografierte der Bremer Medienkünstler Michael Weisser unter dem Projekttitel *Gesichter der Stadt* mehr als 1 000 Menschen in Bremen. Ausgewählte Portraits wurden an einer Wand im Lesegarten der Zentralbibliothek Bremen am Wall auf Platten aufgezogen und im Format 8 x 7 m montiert. Das Tableau vereint Gesichter verschiedenen Geschlechts und Alters, verschiedener Kulturen, Glaubenszugehörigkeiten, physischer Verfasstheiten und sozialer Szenen. Alle Portraits blicken in gleicher Weise direkt den Betrachter des Bildfeldes an. Dieses fotografische Werk wird ergänzt durch ein Tableau im Eingangsbereich der Zentralbibliothek, in dem die persönlichen Statements der Menschen typografisch umgesetzt ebenfalls auf quadratischen Platten wiedergegeben sind. Beantwortet werden dabei Fragen: Was machen Sie gerade? Was würden Sie gerne machen? Was sind ihre Stärken? Was sind ihre Schwächen? Wie ist ihr Lebensmotto? <http://www.mikeweisser.de>.

ISBN 978-3-88347-297-3

BOCK+HERCHEN Verlag, Bad Honnef
Printed in Germany

Öffentliche Bibliothek und demografischer Wandel zwischen Verdienstlichung des Engagements und Bürgerkommune

RAINER SPRENGEL

Im folgenden Beitrag geht es besonders um das Feld der Öffentlichen Bibliotheken, die in kommunalen bzw. städtischen Kontexten verankert sind – auch wenn die eine oder andere der folgenden Ausführungen ebenso für andere Bibliotheken relevant sein kann. Zunächst wird das Positionspapier des dbv und anderer Bibliotheksverbände zum Engagement in Bibliotheken von 2011¹ daraufhin befragt, inwiefern es helfen kann, mit engagementpolitischen Antinomien des demografischen Wandels als Chance und Herausforderung für Bibliotheken umzugehen.² Im zweiten Teil steht der Irrweg der Verdienstlichung von Engagement als eine aktuelle kommunale und bundespolitische Versuchung im Mittelpunkt, auch für Bibliotheken. Abschließend wird begründet, warum die scheinbar selbstverständliche Formulierung in der Positionsbestimmung des dbv: „Bibliotheken sind Dienstleistungseinrichtungen“ eines Updates zu einer ‚Bürgerbibliothek in der Bürgerkommune‘ bedarf.

Einleitung

Am 4. Oktober 2012 hielt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Demografie Gipfel in Berlin eine Grundsatzrede, in der sie die zentralen Orientierungspunkte der Demografiestrategie als Zukunftsaufgabe skizzierte. In diesem Kontext bezeichnete sie „Selbstorganisation, Nachbarschaftshilfe, Freiwillige in der Gesellschaft“ als ein wichtiges Thema, da „wir vieles nicht bewerkstelligen können, wenn es nicht auch ehrenamtliches und freiwilliges Engagement gibt.“³ Bürgerschaftliches Engagement ist also auch im Rahmen der Demografiestrategie unverzichtbar, wobei sie zugleich feststellt: „Wir lernen Schritt für Schritt, dass auch Ehrenamt, Selbstorganisation und Freiwilligkeit einer gewissen Grundstruktur bedürfen.“⁴

¹ Deutscher Bibliotheksverband [u. a.] 2011.

² Vgl. hierzu auch insgesamt die beim dbv seit 2011 bestehende Themenseite „Ehrenamt in Bibliotheken“. Deutscher Bibliotheksverband 2014.

³ Deutschland / Bundesregierung 2012.

⁴ Ebd.

Damit stimmte sie eine Diskussionsrichtung an, die geprägt ist von der Sorge, dass zentrale gesellschaftliche Strukturen, die auf Ehrenamtliche angewiesen sind, aufgrund von demografischen wie sozialen Prozessen ihre Funktionsfähigkeit verlieren. Ein signifikantes Beispiel stellt die staatliche Daseinsvorsorge im Bereich des täglichen Schutzes von Leib, Leben und Eigentum der Bürger, etwa in Form des Feuerwehr- und Hilfewesens, des Schutzes im Katastrophenfall bzw. im Rahmen von asymmetrischen Bedrohungslagen (Terroranschlägen) dar. So heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD zur Bildung einer Bundesregierung: „Wir werden das Ehrenamt als Basis des Zivil- und Katastrophenschutzes – insbesondere mit Blick auf die sozialen und demografischen Veränderungen – fördern und stärken.“⁵

Das hohe Schutz- und Sicherheitsniveau in Deutschland hängt nämlich zentral von ca. 1,8 Mio. ehrenamtlich Tätigen ab. Eine demografische Herausforderung besteht darin, dass ein Teil der ehrenamtlichen Tätigkeiten, etwa in mehreren zehntausend Freiwilligen Feuerwehren, auf jungen Nachwuchs angewiesen ist, der körperlich fit, ausbildungstauglich, zuverlässig und mutig ist. Verschärft werden die sich hier zeigenden Probleme durch Veränderungen in Lebensstilen, aber auch durch die unvollkommene Integration vieler Migranten – Migranten, deren Zahl in den kommenden Jahrzehnten zunehmen soll, um den jetzt schon spürbaren Fachkräftemangel aufgrund des fehlenden eigenen Nachwuchs zu kompensieren. Im Jahr 2011 waren allein in der Alterskohorte 18–26 Jahre 400 000 junge Menschen in den 25 000 Freiwilligen Feuerwehren Deutschlands aktiv (insgesamt 1,38 Mio.). Vor diesem Hintergrund hat etwa der Deutsche Feuerwehrverband 2008 ein Strategiepapier *DFV 2020 – Strategien für eine sichere Zukunft* auf seiner 55. Delegiertenversammlung beschlossen, in dem es heißt:

Es gilt, einen Großteil der in Deutschland lebenden Menschen mit ihren Fähigkeiten für die Feuerwehr zu gewinnen, der in der Feuerwehr derzeit strukturell unterrepräsentiert ist. Dies sind zum Beispiel Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Akademiker, aber auch Quereinsteiger, Menschen mit Lebenserfahrung und Menschen mit Handicap. Die Qualifikationen und Interessen dieser Menschen müssen anerkannt werden, sie müssen aktiv für den Dienst in der Feuerwehr, für Gremienarbeit und auch für Führungsaufgaben gewonnen werden. Interne Hindernisse müssen abgebaut werden, damit ihre Integration

⁵ Deutschland / Bundesregierung 2013: 150.

gelingt. Dafür sind passgenaue Konzepte zu entwickeln und aktiv umzusetzen.⁶

Analoge Diskussionen, Problemskizzen und Aufgabenbeschreibungen lassen sich bei einer Vielzahl von Organisationen finden, die in einem erheblichen Maß auf freiwilliges Engagement angewiesen sind, um zentrale Lebensbereiche in unserer Gesellschaft weiterhin kompetent und zuverlässig absichern zu können. Letztlich geht es dabei immer darum, wie man die jeweiligen Aufgaben und Dienste so attraktiv machen kann, dass die heute und künftig Lebenden entsprechend freiwillig tätig werden wollen.

Das scheint paradox, zeigen doch Freiwilligenuntersuchungen, dass die Generation 60 plus dafür sorgt, dass der Anteil der bürgerschaftlich Engagierten in der Bevölkerung mit rund 36 % insgesamt seit Jahren stabil bleibt, obwohl sich insbesondere bei den Jüngeren die Verdichtung der Lernphasen in Schule und Studium negativ auf deren Engagementquote ausgewirkt hat.⁷ Nach der *Generali Altersstudie*⁸ übersteigt die Engagementquote der 65- bis 85-Jährigen mittlerweile sogar schon den Durchschnitt des Engagements der übrigen Bevölkerung.⁹ Und genau darin liegt ein Problem für viele Organisationen bzw. eine Reihe von Tätigkeitsfeldern. Gewiss werden mehr Menschen gesünder älter als früher und sind länger mobiler und rüstiger – aber von da bis zu einer Fitness als Rettungsschwimmer oder Brandbekämpfer ist es dann doch noch ein erheblicher Unterschied.

Anders gesagt: Der demografische Wandel erhöht das Engagementpotenzial in älteren Altersgruppen, die zudem über relativ viel Zeit verfügen, aber das ist nicht für alle Engagementtätigkeiten hilfreich. In jüngeren Altersgruppen nimmt eine Verknappung zu, besonders wenn man nur auf die Bevölkerung schaut, die schon länger in Deutschland ist. Zwar werden im Zuge des demografischen Wandels zunehmend Zuwanderer in den gefragteren jüngeren Alterskohorten kommen und bleiben, doch das heißt noch lange nicht, dass sie sich hier gleich bürgerschaftlich engagieren. Hinzu kommt, dass die Vielfalt und Reichweite des Engagements in Deutschland für Menschen aus vielen anderen Ländern der Erde eine weitgehend unbekannte Welt ist. Engagement kann ein Beitrag zur Integration sein, aber ebenso ist richtig, dass die Integration in die Engagementstrukturen in Deutschland selber eine eigene und keineswegs gelöste Aufgabe darstellt.

⁶ Deutscher Feuerwehrverband 2008: 17.

⁷ Vgl. hierzu zusammenfassend: Klein [u. a.] 2013: 3ff.

⁸ <http://www.generali-altersstudie.de/>

⁹ Ebd.: 3.

1 Engagementpolitische Antinomien des demografischen Wandels als Chance und Herausforderung für Bibliotheken

Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen bewegen sich hier in ruhigeren Bahnen. Als lokale Kommunikations- und Begegnungsorte können sie Projekten und Strukturen Raum geben, die für Engagementinteressierte insgesamt ansprechend und auch aus Sicht älterer Personen im Hinblick auf körperliche Anstrengungen überschaubar sind – wenn eine Bibliothek nicht gerade dem Irrglauben verfällt, dass bürgerschaftliches Engagement am besten beim Zurückstellen von Medien eingesetzt werden sollte.

Was sagt nun zu diesem Komplex das vor drei Jahren publizierte Positionspapier *Bibliotheken und bürgerschaftliches Engagement: Eine Standortbestimmung*, federführend herausgegeben vom Deutschen Bibliotheksverband?¹⁰ Welche Anknüpfungspunkte für das Themenfeld demografischer Wandel bietet diese Standortbestimmung? Und reichen diese aus?

Tatsächlich ist dort explizit vom demografischen Wandel nicht die Rede. Höchstens der Satz: „So kann unter anderem im ländlichen Raum vielfach ohne den ehren- und nebenamtlichen Beitrag die flächendeckende Literaturversorgung nicht aufrecht erhalten werden“¹¹, könnte als ein Anklang an den demografischen Wandel verstanden werden. Allerdings ist damit nicht die Dimension der Alterung und der Zuwanderung gemeint, sondern das viel ältere demografische Phänomen der Verstädterung.

Gleichwohl bietet die Positionsbestimmung geeignete Ansatzpunkte für eine Analyse der Herausforderungen und Chancen für Bibliotheken in Verbindung mit bürgerschaftlichem Engagement beim demografischen Wandel. Die Standortbestimmung ging, aufgrund einer bundesweiten Bibliotheksbefragung zum Ehrenamt in Bibliotheken, von vier Formen des Verhältnisses von Bibliothek und bürgerschaftlichem Engagement aus:

- der *ergänzenden Funktion*, durch die zusätzliche Angebote der Bibliothek möglich werden, die aber für eine Erfüllung der Kernaufgaben nicht zwingend sind,
- der *unterstützenden Funktion*, die das originäre Dienstleistungsangebot der Bibliothek verbessert,
- der *tragenden Funktion*, die das originäre Dienstleistungsangebot der Bibliothek überhaupt erst möglich macht,

¹⁰ Deutscher Bibliotheksverband 2011. An der Erarbeitung dieser Standortbestimmung war der Autor als Mitglied der Arbeitsgruppe unter Leitung von Gabriele Beger intensiv beteiligt.

¹¹ Ebd.: 2.

- sowie schließlich der kompletten Nicht-Funktion, das heißt dem Verzicht auf ehrenamtliches Engagement.¹²

Ein Ziel dieser Unterscheidungen ist es, über eine im Grundsätzlichen verharrende Debatte über Für und Wider von Ehrenamt in Bibliotheken bzw. allgemeiner Bürgerschaftliches Engagement und Bibliothek hinauszukommen. So kann man, wie dies die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen tun, einerseits hunderte Ehrenamtliche im Rahmen ergänzender oder unterstützender Tätigkeiten einbinden und dabei zusätzliches Hauptamt aufbauen, während man sich zugleich gegen jeden politischen Versuch wendet, Ehrenamtliche in tragende Bibliotheksfunktionen zu drängen (vgl. auch den Beitrag von Ute Keite aus den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen in diesem Band).

Diese Unterscheidungen helfen im Hinblick auf die oben skizzierten zwei Hauptaspekte des heutigen demografischen Wandels: Sich selbst überlassen wird die Bundesrepublik einfach nur älter (und wirtschaftlich schwächer), mit Migration bleibt sie jünger und wird noch bunter (sowie wirtschaftlich stärker).

Ergänzende, unterstützende bzw. tragende Funktionen verlangen unterschiedliche Voraussetzungen und bieten verschiedene Möglichkeiten der Teilhabe, der zeitlichen Verpflichtung und der Identifikation. Mit ihnen gehen auch unterschiedliche Aufwände einher, was Schulungen und koordinierende Unterstützung angeht. Diese kann und sollte man zielgruppenorientiert im Hinblick auf Lebensalter und Lebensphasen sowie auf unterschiedliche kulturelle Hintergründe übersetzen. Auch die Frage, ob Migranten schon eine kürzere oder längere Integrationsbiografie in Deutschland haben, sollte man nicht unterschätzen. In Verbindung mit solchen Übersetzungen kann man typische Gefahren und Fallen sehen, in die Engagement fördernde Bibliotheken zunehmend kommen können. Eine Falle besteht für sog. ergänzende Bibliotheksarbeit. Sie bezeichnet einen experimentellen Raum von Aktivitäten und Projekten, mit denen eine Bibliothek passgenau und zeitlich flexibel auf ihr konkretes Umfeld reagieren kann. Als ergänzende Tätigkeit soll sie den Kernbereich der Bibliothek nicht belasten, zugleich aber ebenso Leistung, Nutzen und Ansehen der Bibliothek mehren, nicht zuletzt gegenüber den Unterhaltsträgern. Da das Engagementpotenzial bei der Generation 60 plus auf absehbare Zeit steigt, wird es zunehmend leichter werden, in dieser Generation Engagierte für ergänzende Bibliotheksprojekte zu finden – während man etwa bei Jüngeren mit einer Reihe von durchaus mächtigen und im Engagementbereich sehr erfahrenen Institutionen konkurrieren muss, wie etwa den Feuerwehren. Der Weg des geringsten Widerstands, des scheinbar maximalen

¹² Ebd.: 5. Ausführlicher in Form einer Studie: Sprengel 2011.

Ertrags bei geringstem Aufwand kann dann schnell zur vorrangigen Formulierung und Verfolgung von Projekten führen, die auf diese Generation zugeschnitten sind. Wenn Unterhaltsträger oder Bibliotheksleitungen ihren hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Koordinatoren ein besonderes Interesse an vorzeigbaren großen Zahlen signalisieren, ist das Desaster einer altersmäßig vereinseitigten Engagementorientierung nicht mehr weit.

Zu einer Gefahr wird dies in den Bereichen des tragenden und des unterstützenden Ehrenamts in Bibliotheken. Wie immer die Aufgaben im Einzelnen aussehen: Man kann grundsätzlich davon ausgehen, dass es sich um langfristiges Engagement mit hohem Qualifizierungs- und Fortbildungsanteil handelt, wenn es für Bibliothek wie Engagierte sinnvoll sein soll. Engagementbereite, die sich im Übergang von der Berufsphase in die nachberufliche Phase befinden, können hier durchaus zunehmend interessant werden. Aber wie bei den ergänzenden Projekten sollte versucht werden, den Konkurrenzkampf mit anderen Institutionen und Organisationen um Engagementbereite in jüngeren Altersgruppen und bei Migrant*innen aufzunehmen.

2 Irrweg der Verdienstlichung – eine kommunale Versuchung

Eine andere Stoßrichtung der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement im Kontext von Demografie- und Sozialpolitik zielt auf die Förderung von Teilhabe an und Mitbestimmung bei den Angelegenheiten der Bürgerschaft als Teil aktiver und erfüllender Lebensgestaltung ab sowie auf die Bedrohung dieser Teilhabedimension durch eine Verdienstlichung des Engagements. Zum Abschluss des 10. Deutschen Seniorentages haben die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihre 110 Mitgliedsorganisationen am 5. Mai 2012 die *Hamburger Erklärung* veröffentlicht.¹³ Darin setzt sich die BAGSO für ein selbstbestimmtes, aktives und engagiertes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der Erklärung mit dem Titel *JA zum Alter!* spielt das bürgerschaftliche Engagement eine große Rolle. Angesichts der Tatsache, dass viele Menschen nach Ende der Berufstätigkeit ein weiteres Lebensviertel vor sich haben, kommt dem Engagement im familiären Umfeld wie auch dem bürgerschaftlichen Engagement für die Gesellschaft eine wichtige Rolle für ein selbstbestimmtes und aktives Älterwerden zu. Die Unterzeichner fordern die Politik deshalb auf, Rahmenbedingungen für ein engagiertes Alter zu schaffen. Zugleich warnen sie vor einer Instrumentalisierung des Engagements oder gar einer Verdrängung von Erwerbsarbeit.

¹³ Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen 2012.

Diese Hamburger Erklärung ist zugleich schon eine Absage an eine Verdienstlichung des Engagements, die im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes zunehmend Raum greift, sowie an alle Formen der Überführung des freiwilligen Engagements in irgendeine Form von Pflicht. Letzteres war im Sinne einer Art moralischen Imperativs im Engagementbericht der letzten Bundesregierung zu lesen, der maßgeblich von Michael Hüther geprägt worden war und auf heftige Kritik im engagementpolitischen Feld traf.¹⁴

Unmittelbar referiert der Begriff der *Verdienstlichung* auf die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes durch die letzte Bundesregierung. Im Unterschied zu den schon bestehenden Freiwilligendiensten, wie das Freiwillige Soziale Jahr, der entwicklungspolitische Freiwilligendienst weltwärts oder das Freiwillige Ökologische Jahr, wurde dieser als Ersatz für den Pflichtersatzdienst konzipiert, um eine Dienstleistungslücke zu schließen – zugleich wurde dem eigentlich überflüssig gewordenen Amt für Zivildienst eine neue Perspektive in Form des Bundesamtes für Familie und Zivilgesellschaftliche Aufgaben¹⁵ gegeben. Ausgestattet mit 350 Mio. Euro stellte es, trotz aller vorgebrachten Kritik, eine zu große Versuchung für klamme Kommunen, aber auch viele Organisationen dar. So kritisiert etwa Christa Perabo, Sprecherin der AG Freiwilligendienste des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)¹⁶ ein Papier der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vom Juni 2013 zur *Bilanz und Weiterentwicklung des BFD – Bundesfreiwilligendienst – und der Freiwilligendienste* als geldorientierte Funktionalisierung von bürgerschaftlichem Engagement. Ihr Befund:

Auch im Resümee wird deutlich, dass die Spitzenverbände die Freiwilligendienste nicht im Kontext auch einer eigenverantwortlichen Gestaltung des bürgerschaftlichen Engagements und seiner Sonderformen durch die Kommunen sehen, sondern nur

¹⁴ Das Bundeskabinett hatte am 22. August 2012 den ersten Engagementbericht der Bundesregierung mit dem Titel *Erster Engagementbericht 2012: Für eine Kultur der Mitverantwortung* beschlossen und dem Deutschen Bundestag vorgelegt. Vgl. hierzu die kontroverse Diskussion in den BBE-Newslettern 20/2012 und 23/2012 mit Beiträgen der Verantwortlichen für den Bericht und Kritiken aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2012a; dass. 2012b.

¹⁵ <http://www.bafza.de/>.

¹⁶ <http://www.b-b-e.de/themen/freiwilligendienste1/>.

als Form der finanziellen Unterstützung der Kommunen zur Bewältigung ihrer Aufgaben durch den Bund.¹⁷

Noch unklar ist, ob der aktuelle Koalitionsvertrag diese Dienstorientierung beim bürgerschaftlichen Engagement bundespolitisch noch weiter zuspitzen und auf das Verständnis des Dienstes in der Bundeswehr selbst ausdehnen will oder eine Stilblüte bleibt:

Wir werden zur Stärkung der Anerkennungskultur ein Gesamtkonzept des freiwilligen Engagements entwickeln, das neben dem Bundesfreiwilligendienst und den Jugendfreiwilligendiensten auch einen weiterentwickelten Freiwilligendienst bei der Bundeswehr beinhaltet.¹⁸

Wie auch immer: Das Thema der Verdienstlichung steht exemplarisch für alle politischen Versuche, bürgerschaftliches Engagement als organisations- bzw. staatsressourcenschonende Arbeitskraft- und Geldspenderreserve zu betrachten und zu funktionalisieren.¹⁹ Da andererseits viele Menschen neben oder nach ihrer Berufsphase mit Anderen zusammen bürgerschaftlich tätig sein wollen, als Ehrenamtliche, als Spender oder Stifter, kann solch eine Funktionalisierung auch zeitweilig erfolgreich sein. Allerdings ist sie weder nachhaltig noch in der Lage, etwa die weitreichenden Potenziale älterer Menschen zu erreichen, woraus sich dann auch die Erklärung der BAGSO und anderer zentraler engagementpolitischer Akteure wie etwa des BBE motiviert.²⁰

¹⁷ Perabo 2013: 10.

¹⁸ Deutschland / Bundesregierung 2013:112.

¹⁹ Die *Schweriner Erklärung* des Arbeitskreises Kunst und Kultur des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen vom 20./21. Januar 2014 stellt ein aktuelles Beispiel dar, wie diese Indienstnahme aus der Zivilgesellschaft zurückgewiesen wird, in diesem Fall von Geld verschenkenden Einrichtungen: „Privates Engagement hat eine ergänzende Funktion.“ Dies ist ebenso ein Schlüsselsatz in der Erklärung wie die Aussage, dass diese Stiftungen „nicht als Ausfallbürgen für Kürzungen in öffentlichen Kulturhaushalten zur Verfügung stehen.“ Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2014.

²⁰ Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft. Das übergeordnete Ziel des am 5. Juni 2002 gegründeten Netzwerks ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

3 Jenseits der Dienstleistungsbibliothek – Leitbild Bürgerbibliothek in der Bürgerkommune

Eine kritisch zu bewertende Verdienstlichung des Engagements kann gut einhergehen mit einer Auffassung von öffentlichen Einrichtungen als Dienstleistungsunternehmen bzw. einer Kommune als Dienstleistungskommune: Senioren kommen in diesem Zusammenhang einmal als Adressaten etwa von Bibliotheksdienstleistungen in Betracht, zum Anderen stellt sich die Frage danach, inwiefern Dienstleistungen für Jüngere noch vielversprechende Begründungen für Ressourcenzuteilungen an den eigenen Betrieb abgeben. In engagementpolitischer Sicht sieht die Dienstleistungsperspektive Bürger dann als reine Ko-Produzenten solcher Dienstleistungen, mit einem gewissen Hang, diese als ergänzende bzw. erweiternde Dienstleistungen zu charakterisieren. Ein solches Herangehen findet auch seinen Aufgreifpunkt in der Standortbestimmung des dbv und anderer Bibliotheksverbände zum Thema *Bibliotheken und bürgerschaftliches Engagement*. Dort heißt es: „Bibliotheken sind Dienstleistungseinrichtungen. Sie benötigen in angemessenem Umfang hauptamtliches und fachlich qualifiziertes Personal.“²¹

Beide Sätze gehören zusammen und meinen für Öffentliche Bibliotheken eigentlich: Angemessenes hauptamtliches Personal kann im Rahmen der Lehre der Dienstleistungskommune nur über den Nachweis eines Dienstleistungscharakters der Bibliothek gerechtfertigt werden. Damit soll zugleich unterstrichen werden, dass bürgerschaftliches Engagement keinesfalls Arbeitsplätze bedrohen soll. So unscheinbar und selbstverständlich diese Charakterisierung der Bibliothek als Dienstleistungseinrichtung über die Lippen und auf das weiße Blatt Papier kommen mag, so sehr droht man damit im Feld der Öffentlichen Bibliotheken das damit gemeinte Ziel des eigenen Relevanznachweises zu verfehlen.

Drei Ankerpunkte einer Diskussion um die Zukunft und Form des Zusammenlebens und Entscheidens in unserer Demokratie lassen sich identifizieren: die Diskussion um Wege von der Dienstleistungs- zur Bürgerkommune, von der intransparenten zur transparenten Verwaltung und von der Stimmabgabe alle vier oder fünf Jahre zur kontinuierlichen Teilhabe von Bürgern. Dazu einige Beispiele:

Seit über 15 Jahren trägt der Verwaltungskongress *Effizienter Staat* zur Staatsmodernisierung Deutschlands bei, indem dort Innovationen und Reformkonzepte für das Verwaltungshandeln vorgestellt und diskutiert werden. Der 15. Kongress widmete sich in Vorträgen, Podiumsdiskussionen und

²¹ Deutscher Bibliotheksverband [u. a.] 2011: 2.

18 Fachforen im April 2012 der Perspektive Mitmach-Staat: „Staatsmodernisierung zwischen Effizienz und Partizipation“.²² Zugleich wurde dort erneut der Preis für Online-Partizipation vergeben. Die Themen reichten von *Energiewende & Co.: Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten* über *Kommunale Prozessoptimierung im Netzwerk* bis hin zu Social-Media-Leitfäden für die Verwaltung und E-Identität/E-Government.

Im 2013 geschlossenen niedersächsischen Koalitionsvertrag *Erneuerung und Zusammenarbeit* zwischen Bündnis90/Die Grünen und der SPD erteilen die Regierungspartner einem „obrigkeitsstaatlichen Politikstil“ eine Absage: „Wir setzen dagegen auf Gemeinwohlorientierung statt auf Klientelpolitik, und wir glauben an die Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft“.²³ Sie wollen kontinuierliche Beteiligung ermöglichen und Transparenz herstellen. Neben der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements als spezieller Aufgabe wird in einer Reihe von Politiksbereichen auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und bürgerschaftlichen Engagements eingegangen. So sollen zum Beispiel die Kulturfachverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur (LAGS)²⁴ und kleinere Kulturinitiativen wieder stärker in die Vergabe von Fördermitteln eingebunden werden, um zusammen mit kulturellen Investitionen in ländliche Räume „kulturelle Teilhabe für alle“ zu ermöglichen. Analoge Ziele und Aussagen finden sich nicht nur in Baden-Württemberg oder Bayern, sondern ebenso im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene.

Am 13. Juni 2012 beschloss die Hamburger Bürgerschaft ein umfassendes Transparenzgesetz. Danach müssen Politik und Verwaltung Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und kostenfrei im Internet zugänglich machen. Dazu zählen Senatsbeschlüsse, Gutachten, öffentliche Pläne, Geodaten, Subventionsvergaben und Bau- bzw. Abrissgenehmigungen. Veröffentlichungspflichtig sind auch alle Verträge über 100 000 Euro, die im weitesten Sinne die öffentliche Daseinsvorsorge betreffen. Wesentliche Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen inklusive der jährlichen Vergütungen und Nebenleistungen der Leitungsebene sind ebenfalls zu veröffentlichen. Damit wurden Hauptforderungen der Volksinitiative *Transparenz schafft Vertrauen*²⁵ von den Abgeordneten aus allen Bürgerschaftsfraktionen übernommen. Ein geplantes Volksbegehren, das der Hamburger Landesverband *Mehr Demokra-*

²² Effizienter Staat: Verwaltungskongress für Deutschland, Österreich und die Schweiz 2014.

²³ *Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen: Koalitionsvertrag 2013: 3.*

²⁴ <http://soziokultur-niedersachsen.de/>.

²⁵ <http://www.transparenzgesetz.de/>.

tie²⁶ zusammen mit *Transparency International*²⁷ und dem *Chaos Computer Club*²⁸ initiiert hatte, wurde damit überflüssig. Unterstützt wurde die Vorbereitung einer Volksinitiative von *Piratenpartei*, *ödp*²⁹, *Die Linke*, *Bündnis 90/Die Grünen*, *attac*³⁰ und *Omnibus für direkte Demokratie*³¹. Aber auch im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene sind Bürgerbeteiligung, transparente Verwaltung, Open Data oder auch der Beitritt Deutschlands zur internationalen Initiative *Open Government Partnership*³² zentrale Festlegungen.³³

Wie in jeder Debatte gibt es dabei auch den Versuch, sich über neue Begriffe politisch abzugrenzen. So sieht MdB Harald Koch, Bundestagsfraktion Die LINKE, als Ziel an, auf der kommunalen Ebene Solidarkommunen mit Bürgerhaushalten zu schaffen, die angemessen finanziert werden: „Wir verstehen darunter jedoch nicht die neoliberale Bürgerkommune: Denn darin erledigen die Einwohnerinnen und Einwohner das, was die Kommune nicht mehr leisten kann – ohne Geld und ohne Einfluss auf die politischen Entscheidungen.“³⁴ Zu einer Solidarkommune mit umfassenden direktdemokratischen – aber auch parlamentarischen – Strukturen, Bürgerforen, Bürgerhaushalten und vielem mehr gehöre eine wirksame Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Dabei bleiben die Debatte und die veränderte Praxis nicht auf der Ebene der Kommunen stehen. So startete am 11. Dezember 2012 im Thüringer Landtag ein Modellprojekt zur Bürgerbeteiligung bei parlamentarischen Gesetzesvorhaben. Thüringen ist damit das erste Bundesland, das eine Bürgerbeteiligung zu Gesetzesvorhaben in Regie des Landtages anbietet. In anderen Ländern gibt es ähnliche Foren, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, die aber von der Exekutive gesteuert werden. Das Modellprojekt wurde von *Mehr Demokratie e. V. Thüringen*³⁵ Anfang 2010 in die Diskussion gebracht. Über das „Diskussionsforum“ kann sich künftig jeder Bürger mit Kritik und Anregungen zu Wort melden, damit nicht nur die Stellungnahmen von Lobbygruppen in Gesetzesberatungen, sondern auch die Anliegen von

²⁶ <http://hh.mehr-demokratie.de/>.

²⁷ <http://www.transparency.de/>.

²⁸ <http://www.ccc.de/>.

²⁹ Ökologisch-Demokratische Partei. <https://www.oedp.de/>.

³⁰ <http://www.attac.de/>.

³¹ <http://www.omnibus.org/>.

³² <http://opengovpartnership.de/arbeitskreis/>.

³³ Vgl. besonders den Abschnitt 5.2 des Koalitionsvertrages. Deutschland / Bundesregierung 2013: 150ff.

³⁴ Koch 2013.

³⁵ <http://thueringen.mehr-demokratie.de/>.

Bürgern einfließen, die nicht in Interessengruppen organisiert sind. Die erste aktive Diskussion lief online zum Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes.

4 Fazit

Ob nun Mitmach-Staat, Transparenzgesetze, Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft, Bürger- oder Solidarkommune sowie Teilhabe für alle: Diese Vorgänge betreffen auch Bibliotheken und das Ehrenamt in ihnen, denn die Brücken zur Zivilgesellschaft werden wichtiger werden, die Ansprüche an die Transparenz des Bibliotheksverwaltungshandelns werden wachsen und ebenso die kritischen Nachfragen teilhabeorientierter Bürger, warum dieses oder jenes getan oder eben nicht getan wird.

Im Rahmen der skizzierten zunehmenden Teilhabeorientierung in den politischen und sozialen Prozessen in unserem Land auf allen Ebenen kehren dabei einige Begriffe wieder, die jeden Mitarbeiter in Bibliotheken elektrisieren müssten: Transparenz, Open Data, Sammlungen von Verwaltungsdokumenten usw. machen immer wieder deutlich, dass die Bürgerschaft von der wachsenden Informationsflut nur etwas hat, wenn diese in verständlicher und konkreter Form sinnvoll erschlossen und physisch zugänglich gemacht wird. Viele Bürger wollen und werden nur zu bestimmten Zeitpunkten an bestimmten Vorgängen in einer Kommune näher beteiligt sein – dann muss es aber neutrale Orte und Personen geben, die sie dabei unterstützen und das Angebot für sie erschlossen haben oder erschließen bzw. einfach wissen, wo was wie zu finden ist.

Anders gesagt: Wie soll informierte Partizipation und Teilhabe von Bürgern funktionieren ohne Informationsorte ihres Vertrauens, ohne ihre Bürgerbibliothek mit kompetentem hauptamtlichen und ehrenamtlichen Personal?

Damit ergibt sich zum Abschluss eine interessante Perspektive für das Thema Ehrenamt in Bibliotheken. Es könnte ja dabei nicht nur um Ehrenamt gehen, dass Bibliotheksarbeit ergänzt, unterstützt oder trägt, sondern auch darum, dass sich Bibliotheken als Infrastrukturorte und Einrichtungen mit Anderen verbinden und verbünden, um bürgerschaftliches Engagement, „um die große Bereitschaft zur Hilfe sinnvoll zu strukturieren und mit einer kleinen Struktur zu stützen“ – so Bundespräsident Gauck³⁶ – und um zu unterstreichen, dass Bibliotheken als Orte des Managements von Informationen, Begegnungen, Bildung und Kultur für eine lebendige, gut informierte und auf Teilhabe möglichst Vieler beruhenden Bürgergesellschaft von besonderer Wichtigkeit sind – offen für alle Altersschichten und geprägt von allen Altersschichten,

³⁶ Deutschland / Bundespräsidialamt 2014.

offen für die, die schon länger in Deutschland leben und für die, die neu dazukommen – und geprägt von denen, die dazukommen oder schon länger da sind.

Literatur und Internetquellen

- [1] Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (2012). *JA zum Alter! Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihrer 110 Mitgliedsorganisationen zum Abschluss des 10. Deutschen Seniorentages*, „Hamburger Erklärung“. http://dsa.file1.wcms.tu-dresden.de/wordpress/wp-content/uploads/2012/02/120507_Hamburger_Erkl%C3%A4rung_BAGSO_10.-Deutscher-Seniorentag.pdf.
- [2] Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2012a). *Newsletter Nr. 20 vom 18.10.2012*. <http://www.b-b-e.de/archiv-des-newsletters/newsletter-archiv-2012/4-quartal-2012/newsletter-nr-20-vom-18102012/#19476>.
- [3] Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2012b). *Newsletter Nr. 23 vom 06.12.2012*. <http://www.b-b-e.de/archiv-des-newsletters/newsletter-archiv-2012/4-quartal-2012/newsletter-nr-23-vom-6122012/#19649>.
- [4] Bundesverband Deutscher Stiftungen (2014). *Schweriner Erklärung*. http://www.stiftungen.org/uploads/tx_leonhardtyncontent/downloads/A_K_Kunst_und_Kultur_Schweriner_Erklaerung.pdf.
- [5] Deutscher Bibliotheksverband (2014). *Bürgerschaftliches Engagement in Bibliotheken*. <http://www.bibliotheksverband.de/dbv/themen/ehrenamt-in-bibliotheken.html>.
- [6] Deutscher Bibliotheksverband, Borromäusverein, Evangelisches Literaturportal, & St. Michaelsbund, Landesverband Bayern (2011). *Bibliotheken und Bürgerschaftliches Engagement: Eine Standortbestimmung*. Berlin. http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/publikationen/B%C3%BCrgerschaftliches_Engagement_Standort_Umfrage.pdf.
- [7] Deutscher Feuerwehrverband (2008). *DFV 2020 – Strategien für eine sicherere Zukunft*. http://www.dfv.org/fileadmin/dfv/Dateien/Verband/Programm_DFV_2020_Strategien_fuer_eine_sichere_Zukunft.pdf.
- [8] Deutschland / Bundespräsidentialamt (2014). *Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland zum Tag des Ehrenamts*. <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/12/121203-Verdientsorden-Ehrenamt.html>.

- [9] Deutschland / Bundesregierung (2012). *Demografie Gipfel: Gemeinsam richtige Antworten geben*. <http://www.bundeskanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Artikel/2012/10/2012-10-04-demografieipfel.html>.
- [10] Deutschland / Bundesregierung (2013). *Deutschlands Zukunft gestalten: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode*. Berlin.
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=7BE76FF4AE3D6C41DD02D1EC8CC61935.s1t1?blob=publicationFile&v=2>.
- [11] *Effizienter Staat: Verwaltungskongress für Deutschland, Österreich und die Schweiz* (2014). <http://www.effizienterstaat.eu/Kongress/>.
- [12] *Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen: Koalitionsvertrag* (2013).
http://www.spdnds.de/imperia/md/content/landesverbandniedersachsen/ltw2013/koalitionsvereinbarung_der_jahre_2013-2018.pdf.
- [13] KLEIN, A., RAHN, E., RUBART, H., VOGT-JANSSEN, D., & KELLERMANN, J. (2013). Bürgerschaftliches Engagement im demografischen Wandel – Der Beitrag der Älteren. *BBE-Newsletter 19/2013*. http://www.b-be.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/09/N119_Gastbeitrag_Demografie.pdf.
- [14] KOCH, H. (2013). Zwei Seiten einer Medaille: LINKE Demokratie- und Engagementpolitik. *BBE-newsletter, 5/2013*. http://www.b-be.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/03/nl05_gastbeitrag_koch.pdf.
- [15] PERABO, C. (2013). Kommunen und Bürgerschaftliches Engagement. *BBE-Newsletter 16/2013*. http://www.b-be.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/08/NL16_Gastbeitrag_Perabo.pdf.
- [16] SPRENGEL, R. (2011). *Bibliothek und Ehrenamt – Ergebnisse einer bundesweiten Bibliotheksbefragung des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv)*. Berlin.
http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/themen/ehrenamt/Bibliothek_und_Ehrenamt_Umfrageergebnisse.pdf.

Die zitierten Internetquellen wurden zuletzt am 31.01.2014 aufgerufen.